

## Staatsregierung nimmt den Berufsanfängern das versprochene Geld weg

München, 30.11.2010

Die Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, werden alle, aber insbesondere die jungen Beschäftigten treffen. Wenn man sich die Liste der Einsparmaßnahmen ansieht, ist das Urteil eindeutig. Die **jungen Beschäftigten werden überproportional** zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Neben den allgemeinen Sparmaßnahmen für den Öffentlichen Dienst wird mit der Absenkung der Eingangsbesoldung bei der Beschäftigtengruppe gespart, die trotz ihrer TOP-Ausbildung das niedrigste Gehalt erhält.

Das hohe Niveau der Ausbildung der bayerischen Steuerverwaltung ist bundesweit anerkannt. Nicht umsonst ist der Sachverstand der bayerischen Steuerbeamten bei Verhandlungen im politischen Berlin gefragt. Aber auch die Steuerberater erkennen, welche Spitzenleute hier in Bayern ausgebildet werden. Jedes Jahr versuchen sie, die Besten abzuwerben.

Von der Entscheidung die Eingangsbesoldung um bis zu 110 € abzusenken, werden die beiden Prüfungsjahrgänge 2011 und 2012 betroffen sein. Es handelt sich also um die Beamtenanwärter, die sich bereits in Ausbildung befinden.

**Der Vorsitzende der bfg-Jugend, Michael Kubiak kritisiert die Pläne der Staatsregierung:** *Die Betroffenen fühlen sich vom Freistaat regelrecht **getäuscht**. Die Stimmungslage wechselt zwischen Resignation und Wut. Viele Berufsanfänger haben sich bewusst für den Staatsdienst entschieden, weil sie den Versprechungen des Staates vertraut haben. Die Absenkung ist daher als ein klarer **Vertrauensbruch** der bayerischen Staatsregierung gegenüber ihren jungen Beschäftigten anzusehen.*

Bei den Berufsanfängern handelt es sich um keine Großverdiener. Ein junger Beschäftigter hat auch ohne die geplante Absenkung größere Schwierigkeiten, finanziell im Großraum München zu Recht zu kommen. Insbesondere der mittlere

Dienst hat mit durchschnittlich 1.400-1.500 € besonders schwer zu kämpfen. Auch die Eingangsbesoldung des gehobenen Dienstes ist trotz Studiums nicht gerade üppig. Ministerpräsident **Seehofer irrt**, wenn er bei der Absenkung der Eingangsbesoldung vom intelligenten Sparen spricht.

Die jungen Beschäftigten erbringen bereits mit ihrer längeren Wochenarbeitszeit von bis 42 Stunden einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Und das noch bis Sommer 2013!

Ein weiterer Punkt ist die Aussetzung der **Zuführung zum Versorgungsfonds**. Der damit erzielte Einmal-Einspareffekt wird nicht dazu beitragen, das strukturelle Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen.

Der richtige Weg aus den strukturellen Haushaltproblemen führt nach Auffassung der bfg-Jugend über eine gesunde Mischung aus Stärkung der Einnahmeseite und sinnvollem Sparen. Der Freistaat Bayern muss deshalb die Steuerverwaltung personell so aufstellen, dass es auch in Bayern einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug gibt.

Obwohl die Bearbeiter der Steuerverwaltung für die Steuereinnahmen sorgen, wird das notwendige Personal nicht eingestellt. So erbringt ein Mitarbeiter der Betriebsprüfung ein Mehrergebnis von mehr als 1 Million Euro pro Jahr (in 2008 waren es 1.400.111 €). Aber auch im Innendienst werden Mehrergebnisse zwischen 125.500 und 198.247 € pro Jahr erbracht. Es würde sich für den Freistaat Bayern lohnen. Man könnte es auch auf folgende Gleichung bringen:

**Mehr Finanzbeamte = Mehr Geld für Bildung, innere Sicherheit und einen ausgeglichenen Haushalt**

**Die bfg-Jugend ist als Jugendorganisation der Bayerischen Finanzgewerkschaft die Interessenvertretung der jungen Beschäftigten in der Bayerischen Finanzverwaltung. Vorsitzender der bfg-Jugend ist Michael Kubiak. Der Umsatzsteuersonderprüfer ist auch Mitglied des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und stellvertretender Personalratsvorsitzender des Finanzamts Fürth.**